D-01 Dringlichkeitsantrag: Unsere Freiheit und die der Ukraine bewahren. Europäische Sicherheitsordnung schützen.

Antragsteller*in: Radosawa Stomporowski (KV Bonn)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

## Antragstext

Seit der russischen Vollinvasion stehen wir vor einer historischen Zäsur der europäischen Sicherheitsordnung sowie an einem globalen neuralgischen Punkt der Völkerrechtsgeschichte, an dem unsere Haltung und unser Handeln darüber entscheiden werden, ob unsere regelbasierte Ordnung ihre gegenwärtige Krise übersteht oder nicht. Gerade unsere grüne Kernprogrammatik – zivile Konfliktbewältigung im Sinne eines breiten und vernetzten Sicherheitsbegriffes und dekolonialer Ansätze – erfordert dringend an diesem neuralgischen Punkt beherztes Handeln. Zu all diesen Entwicklungen bedarf es dringend einer parteiinternen Debatte und Positionierung.

1. Nordkorea

Durch den Einsatz nordkoreanischer Truppen in der Ukraine ist eine neue Situation im Kriegsgeschehen entstanden. Für seine aktive Kriegsbeteiligung hat es im Gegenzug vermutlich erhebliche Unterstützung in Form von Energie, Devisen oder sogar Technologien für Raketen- und Atomwaffenprogramme von Russland zugesichert bekommen. Ein solches Szenario könnte eine Eskalation auf der koreanischen Halbinsel provozieren und stellt eine massive Bedrohung nicht nur für die Ukraine, sondern auch für die europäische sowie asiatische Sicherheitsarchitektur dar. Die militärische Allianz zwischen Russland und Nordkorea ist ein klares Zeichen dafür, dass Moskau auf eine internationale Eskalationsstrategie setzt.

2. Friedensplan und Sicherheitsgarantien

Die Situation der Ukraine ist entscheidend für die Zukunft der europäischen Sicherheitsordnung. Für einen stabilen und nachhaltigen Frieden sind Sicherheitsgarantien für die Ukraine essenziell. Diesbezüglich hat der ukrainische Präsident auf dem EU-Gipfel und dem parallel stattfindenden NATO-Treffen in Brüssel seinen sogenannten "Sieges-Plan" vorgestellt. Dabei hat er angedeutet, dass eine nukleare Bewaffnung der Ukraine die einzige Alternative zu einer NATO-Mitgliedschaft sei. Die Tatsache, dass die Ukraine in Erwägung zieht, ihre Sicherheit nur durch den Besitz von Atomwaffen garantieren zu können - sollte sie nicht NATO-Mitglied und entsprechende Sicherheitsgarantien erhalten - , verdeutlicht, wie sehr die Prinzipien der nuklearen Nichtverbreitung durch unsere zögerliche Haltung untergraben werden. Statt eine friedensfördernde Wirkung zu haben, führt das Setzen auf vermeintliche „rote Linien“ des Kremls zu einer weiteren Verschärfung der globalen Sicherheitslage. Ohne verlässliche Sicherheitsgarantien durch die NATO wird es zunehmend schwieriger, eine nukleare Aufrüstung der Ukraine glaubhaft zu verhindern.

3. Deutschland im Visier Russlands: systematische Desinformations- und Propagandakampagnen

Russland betrachtet die Bundesrepublik Deutschland und den Westen schon seit längerer Zeit als Kriegsgegner und führt bereits seit geraumer Zeit einen hybriden Krieg gegen den Westen. Deutschland ist dabei eines seiner Hauptziele. Dies wurde in der jüngsten öffentlichen Anhörung des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) deutlich, bei der systematische russische Desinformations- und Propagandakampagnen, durchgeführt durch Geheimdienste und sogenannte "Trollfabriken", im Zentrum standen. Diese Angriffe zielen darauf ab, unsere Demokratie zu destabilisieren und das Vertrauen in unsere Institutionen zu untergraben. Dabei beschränken sich die russischen Aktivitäten nicht nur auf digitale Angriffe: Cyberangriffe, Sabotageakte, Spionage und sogar Auftragsmorde sind dabei nicht nur gelegentliche Bestandteile, sondern Hauptmerkmal der russischen Außenpolitik geworden.Ein aktuell alarmierendes Beispiel ist die Einmischung in das Referendum in der Republik Moldau, wo Moskau orchestrierte Maßnahmen ergriffen hat, um freie und faire Wahlen zu behindern und eine pro-westliche Ausrichtung zu verhindern.

4. Russland rüstet massiv auf

Parallel dazu baut Russland seine konventionellen Streitkräfte massiv aus und strukturiert diese neu. Es ist absehbar, dass Russland spätestens gegen Ende dieses Jahrzehnts personell und materiell in der Lage sein wird, einen Angriff gegen die NATO zu starten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Putin die „roten Linien“ austesten und den Krieg weiter eskalieren wird. Seine strategischen Ziele gehen längst über die Ukraine hinaus – er strebt eine Konfrontation mit dem Westen an, um eine neue Weltordnung nach seinen Vorstellungen zu etablieren.

In Anbetracht des Drucks, den Putin-freundliche Parteien in Deutschland wie die AfD und das BSW auf die CDU und andere potenzielle Koalitionspartner ausüben, ist es unabdingbar, dass wir uns im kommenden Bundestagswahlkampf als die Partei profilieren, die diese Bedrohungen verstanden hat.

Resümee

Putin versteht den Krieg in der Ukraine als einen globalen Kampf gegen den Westen und die regelbasierte internationale Ordnung. Sein Ziel ist die innere Zersetzung der Rechtsstaatlichkeit und unserer liberalen Demokratien. Die EU und die NATO müssen zukünftig nicht nur mit möglichen russischen Angriffen rechnen, sondern mit einer breiteren Allianz gegen den Westen, zu der auch Nordkorea zählt. Nicht unsere entschlossene Unterstützung befördert eine Eskalation, sondern unsere Zögerlichkeit. Eine entschiedene militärische Unterstützung der Ukraine ist die einzige Möglichkeit, ernsthafte diplomatischen Lösungen und echte Friedensverhandlungen voranzutreiben. Wir als Bündnis ´90/Die GRÜNEN können und müssen eine starke Stimme der Unterstützung in diesem Zusammenhang sein und uns in unseren bevorstehenden programmatischen Debatten und Wahlkämpfen auch dezidiert positionieren.

Die BDK möge vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Bedrohungsverschärfungen beschließen:

1) eine deutliche Positionierung für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine;

2) eine deutliche Positionierung für die Aufhebung der Reichweitenbeschränkung deutscher Waffen und anderer künstlicher Einschränkungen der ukrainischen Verteidigungsfähigkeit;

3) eine resolute Isolierung Russlands und seiner Unterstützer, um Bündnisse gegen die regelbasierte Ordnung zu verhindern;

4) das außenpolitische Profil von Bündnis ´90/Die GRÜNEN als Partei hervorzuheben, die konsequent an der Seite der Ukraine steht und für die Bewahrung unserer europäischen Sicherheitsordnung und regelbasierter Weltordnung einsteht;

5) eine Priorisierung dieser Frage im (außenpolitischen) Programmprozess und im Bundestagswahlkampf.

## Begründung der Dringlichkeit

Nach Antragsschluss zur BDK am 4. Oktober haben sich etwa seit Mitte Oktober mehrere entscheidende Entwicklungen im Zusammenhang mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine zugetragen: Nordkorea beteiligt sich laut südkoreanischer und ukrainischer Geheimdienste auch mit eigenen Truppen an Kampfhandlungen, der ukrainische Präsident Selenskyj hat seinen Friedens- und Siegesplan vorgestellt, und die Gefahr der zunehmenden Verbreitung von Atomwaffen wächst. Zudem wurde im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) des Bundestages eindringlich vor Russlands systematische Desinformationskampagnen in Deutschland gewarnt.

1. Bei einer direkten militärischen Beteiligung Nordkoreas an Russlands Angriffskrieg verschärft sich die internationale Lage erheblich, da sie eine gefährliche Ausweitung des Konflikts darstellt und sowohl Europa als auch Asien betrifft. Wir müssen die Risiken einer Eskalation bei dieser Allianz, die das geopolitische Gleichgewicht destabilisieren und neue Krisenherde schaffen kann, beobachten und Gegenmaßnahmen entwickeln.

2. Der von Präsident Selenskyj vorgestellte Friedens- und Siegesplan stellt eine entscheidende Möglichkeit dar, um den Krieg mit einer klaren Zielsetzung zu beenden. Wir müssen verdeutlichen, dass fehlende Sicherheitsgarantien des Westens in Bezug auf eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine hingegen fatale Folgen haben können, wie eine nukleare Aufrüstung der Ukraine sowie ein mögliches Unterlaufen des Atomwaffensperrvertrags.

3. Das Ausmaß der russischen Desinformationskampagne und ihr systematisches Vorgehen sind durch die Informationsdienste im PKGr vorgestellt worden. Dieses explizite Mittel der russischen Außenpolitik ist eine Bedrohung für die westlichen Demokratien, wobei die Bundesrepublik Deutschland im Zentrum der Angriffe steht. Ohne Gegenmaßnahmen könnten diese hybriden Angriffe tiefgreifende Auswirkungen auf die politische Stabilität Deutschlands und anderer westlicher Länder haben.

Diese Entwicklungen bergen das Potenzial, nicht nur die Ukraine, sondern die gesamte globale Sicherheitsordnung zu bedrohen. Eine umfassende Beschäftigung innerhalb der Grünen sowie auch der Gesellschaft ist deshalb entscheidend, um entsprechende Maßnahmen zur Sicherung der globalen Friedensordnung und zur Stärkung der Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen sowie zur Verteidigung demokratischer Werte zu ergreifen.

* * *

Gemeinsame Antragstellerinnen:
Ursula Stark Urrestazu und Sava Stomporowski, beide KV Bonn

## Begründung

mündlich

## weitere Antragsteller*innen

Torsten Grieger (KV Altenburg); Katrin Maini Schild-Wagner (KV Tübingen); Stanislav Elinson (KV Leipzig); Reiner Daams (KV Solingen); Moritz Hüttner (KV Leverkusen); Eva Miriam Fuchs (KV Wuppertal); Ulrich Kindermann (KV Bonn); Ute Hennig (KV Bonn); Julius Nebel (KV Hamburg-Mitte); Christoph Joachim (KV Tübingen); Viola von Cramon (KV Göttingen); Daniel Beer (KV Celle); Robert Levin (KV Osterholz); Tilman Krösche (KV Heidekreis); Bernd Zobel (KV Celle); Arven Herr (KV Göttingen); Rochus Jonas (KV Braunschweig); Axel Kittel (KV Oldenburg-Stadt); Isabel Elsner (KV Düren); sowie 238 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.